

Steffen Held, *Zwischen Tradition und Vermächtnis. Die Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig nach 1945*. Herausgegeben vom Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, Verlag Dölling und Galitz, Hamburg 1995, 94 S., brosch., 24 DM.

Mit dem vorliegenden Band beabsichtigt die Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig, wie es im Vorwort heißt, an die »Festschrift zum 75jährigen Bestehen der Leipziger Gemeindesynagoge« aus dem Jahre 1930 anzuknüpfen. Zwar ist auch dieses Mal der Anlaß ein Synagogenjubiläum – das 90jährige Bestehen der Synagoge Keilstraße – doch darin erschöpfen sich bereits die Parallelen zwischen den beiden Festschriften. 1930 wohnten in Leipzig über 12 000 Juden, die über ein blühendes Gemeindeleben mit zahlreichen kulturellen, sozialen und religiösen Institutionen verfügten. 65 Jahre später zählt die Israelitische Religionsgemeinschaft etwa 100 Mitglieder, die vor allem noch an den höchsten jüdischen Feiertagen im Jahr zusammenkommen.

Gerade angesichts ihrer äußerst bescheidenen gegenwärtigen Verhältnisse ist es begrüßenswert, daß sich die jüdische Gemeinde mit der Darstellung ihrer jüngsten Vergangenheit an die Öffentlichkeit wendet. Im vorliegenden Band stellt Steffen Held zwei Kapitel zur jüdischen Geschichte Leipzigs vor: zum einen das Nachkriegsleben der Juden in Leipzig, zum anderen die neunzigjährige Geschichte der Synagoge in der Keilstraße. Ergänzt wird diese Dokumentation durch eine Reihe von Statistiken, teilweise etwas zu detailliert geratene Angaben zu den einzelnen Vorstandsmitgliedern, eine nützliche Bibliographie, eine Liste nach Juden benannter Straßen, eine Zeittafel sowie zahlreiche Illustrationen.

Wie alle anderen jüdischen Gemeinden im Nachkriegsdeutschland bestand auch die Leipziger zunächst aus einzelnen Überlebenden der Konzentrationslager sowie Ehepartnern und Kindern aus sogenannten Mischehen, die der Deportation entgehen konnten. Daß die meisten »rassisch verfolgten« Überlebenden am Rande oder gar außerhalb organisierten jüdischen Lebens gestanden hatten, zeigt Held anhand eines Verzeichnisses der Juden im Bezirk Leipzig vom Februar 1945. Von den sechszwanzig hier genannten Personen gehörten die meisten entweder einer christlichen Religionsgemeinschaft an oder bezeichneten sich als religionslos. Nur vierundzwanzig von ihnen waren im Jahre 1942 Mitglieder der Israelitischen Religionsgemeinde gewesen. Dieser kleinen Gruppe, die selbst vor der nationalsozialistischen Verfolgung kaum aktiv am Gemeindeleben beteiligt gewesen war, oblag nun die schwierige Aufgabe des Wiederaufbaus. Bereits am 15. Mai 1945 nahm die Gemeinde mit drei Aufgabenbereichen ihre Geschäfte wieder auf: Bestattung der Toten, soziale Betreuung der Überlebenden und Gestaltung des religiösen Lebens.

Wie Held eindrucksvoll dokumentiert, waren die Juden in Leipzig, wie in der restlichen DDR, zwar als »Opfer des Faschismus« anerkannt, doch nur in wenigen Einzelfällen erhielten sie Privilegien als »Kämpfer gegen den Faschismus«. Dem langjährigen Gemeindevorsitzenden Eugen Gollomb etwa, der nach seiner Flucht aus Auschwitz mit polnischen Partisanen Widerstand leistete, wurde dieser Status mit der Begründung verweigert, sein ungenügend ausgeprägter »Klassenstandpunkt« ließe »die bewußte politische Motivation« vermissen. Die DDR bemühte sich zwar bis zuletzt um eine symbolische Präsenz jüdischer Gemeinden, behandelte die jüdischen Überlebenden, falls sie nicht auch gerade Kommunisten waren, jedoch als »Opfer zweiter Klasse«.

Spätestens mit dem antijüdischen Klima der frühen 1950er Jahre im Zusammenhang mit dem Prager Slansky-Prozeß schien das Schicksal der Juden in Leipzig, wie in der restlichen DDR, besiegelt. Allein im Jahre 1953 verringerte sich ihre Mitgliederzahl von 237 auf 173. Zurück blieben vor allem die Älteren, was zu einem kontinuierlichen Mitgliederschwund bis zum Beginn dieses Jahrzehnts führte. 1991 zählte die Gemeinde ge-

rade noch 35 Mitglieder. Helds weitgehende Konzentration auf die späten 1940er und frühen 1950er Jahre, im Gegensatz zu der auf wenige Seiten beschränkten Behandlung der nachfolgenden Jahrzehnte, hat daher durchaus ihre Berechtigung.

Erst in den letzten Jahren ist eine, wenn auch bescheidene, Zunahme durch Einwanderer aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion auszumachen, so daß heute wieder über hundert Juden in Sachsens größter Stadt leben. Ob sich daraus allerdings neue Zukunftsperspektiven ergeben, ist durchaus noch ungewiß. Der vorliegende Band sucht nach keinen spekulativen Antworten für die Zukunft, sondern dokumentiert knapp und sachlich, leider nicht immer unter Angabe der benutzten Quellen, die jüngste Vergangenheit und liefert einen wichtigen Beitrag sowohl zur deutsch-jüdischen Nachkriegsgeschichte wie auch zur Geschichte der DDR.

*Michael Brenner, München*

Johannes Frerich/Martin Frey, Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik, R. Oldenbourg Verlag, München etc. 1993, 534 S., geb., 84 DM.

Das vorliegende Werk ist Teil eines dreibändigen Handbuches zur Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Während der erste Band mit dem Epochenjahr 1945 endet, nehmen die Entwicklungen in beiden deutschen Staaten vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur staatlichen Vereinigung 1990 jeweils einen Band ein. Das Handbuch hat den Charakter einer Materialsammlung. Die Autoren haben sich bemüht, sämtliche bereits publizierten zeitgenössischen Quellen aus Gesetzessammlungen, Verordnungsblättern, Veröffentlichungen der statistischen Ämter sowie Publikationen in Fachzeitschriften zusammenzutragen. Dem Leser werden diese Quellen zum Teil auszugsweise oder in paraphrasierter Form vorgelegt. Unter Rückgriff auf die in beiden deutschen Staaten erschienene Literatur versuchen Frerich und Frey, ihren Untersuchungsgegenstand in die allgemeine politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung der SBZ/DDR einzuordnen. Dabei erscheint die Literaturlauswahl jedoch oftmals willkürlich, neuere, d. h. nach der Öffnung der ehemaligen DDR-Archive publizierte Aufsätze, Sammelbände oder Monographien wurden nicht berücksichtigt. Darüber hinaus haben die Autoren darauf verzichtet, selbst exemplarische Archivstudien zu Einzelthemen durchzuführen. Gleichwohl bietet das Werk einen ersten hilfreichen und informativen Überblick über die zahlreichen sozial- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen in der SBZ und DDR zwischen 1945 und 1989. Die Autoren stellen im einzelnen die wesentlichen Bereiche staatlicher Sozialpolitik vor: Arbeitsmarktpolitik, Gesundheitswesen, Sozialversicherung, Sozialfürsorge, Frauen- und Familienpolitik sowie Wohnungsbaupolitik.

In ihrem Vorwort erheben Frerich und Frey den Anspruch, einen umfassenden Überblick über die verschiedenen Bereiche der Sozialpolitik in der DDR zu geben. Darüber hinaus wollen sie nicht nur eine Ereignisdarstellung liefern, sondern auch den Untersuchungsgegenstand in die gesamtwirtschaftlichen und -gesellschaftlichen Zusammenhänge »unter Berücksichtigung des jeweiligen politisch-administrativen Systems sowie der sozialpolitisch relevanten gesellschaftlichen Gruppen« einordnen. Dadurch werde das Buch zu einer Darstellung der Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte aus dem Blickwinkel des Sozialpolitikers (S. V). An diesem Anspruch soll das Werk im folgenden auch gemessen werden.

In einem etwa 90seitigen Einführungskapitel gehen die beiden Autoren zunächst auf die Ausgangslage in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) und die Rahmenbedingungen der Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik ein. Insofern hätte in den Titel des Werkes auch die SBZ aufgenommen werden müssen, setzt